

Machtdämmerung im Kreml

Die Popularität des russischen Präsidenten sinkt. Wann geht die Ära Putin zu Ende – und wie? | Von Gemma Pörzgen

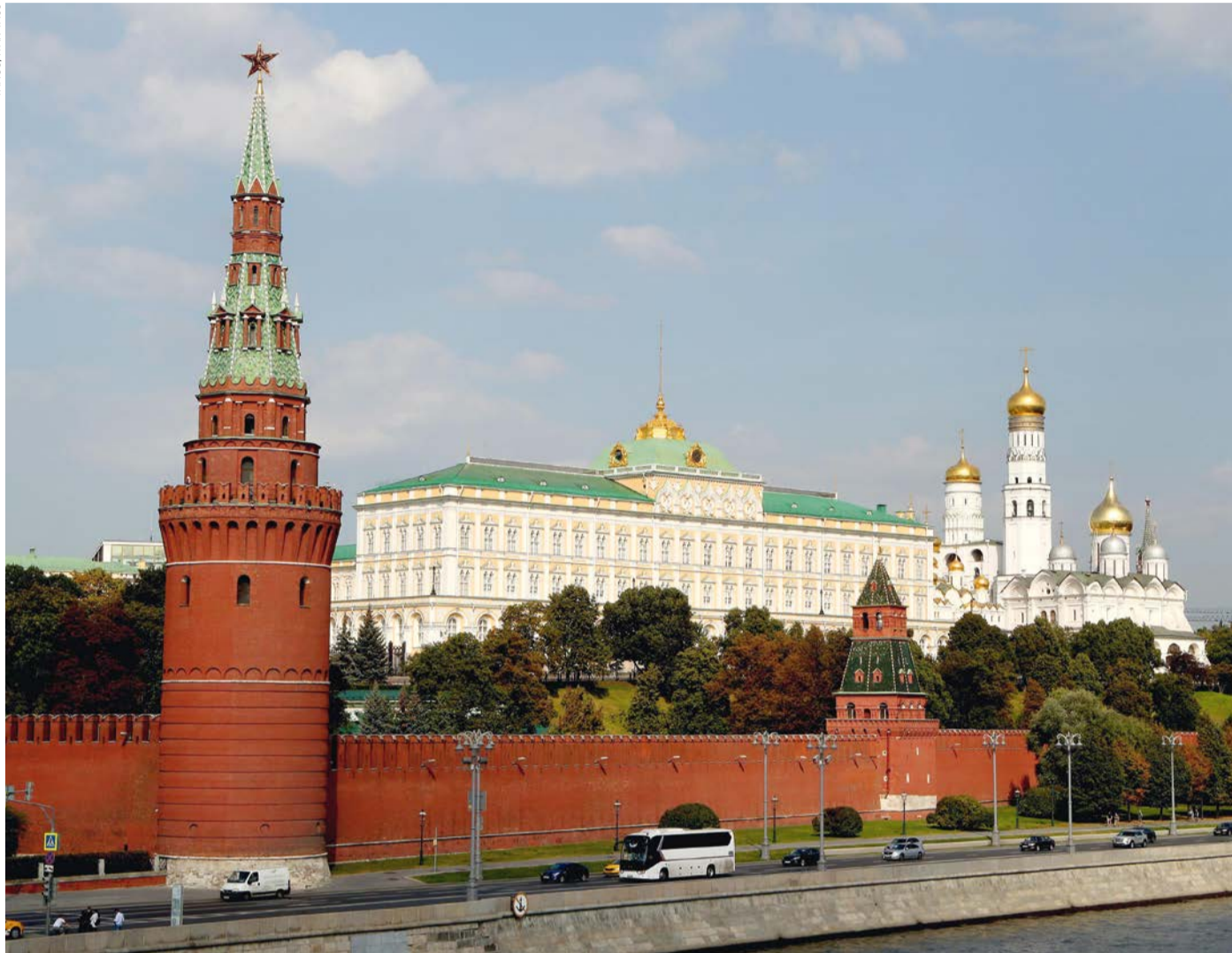
Für Abgesänge auf die Ära des russischen Präsidenten Wladimir Putin ist es noch zu früh. Und doch mehren sich die Anzeichen dafür, dass seine Macht bröckelt. Die nächsten Präsidentenwahlen sind erst 2024, aber sie scheinen schon jetzt ihren Schatten vorauszuwerfen. Denn längst scheint ein Machtkampf um die Zukunft des Lands entbrannt, dessen Ausgang völlig ungewiss ist.

War es Putin nach der Annexion der Krim 2014 noch gelungen, hohe Zustimmungswerte in der Bevölkerung zu erreichen, beobachten russische Meinungsforscher längst einen ganz anderen Trend. Mangelndes Wirtschaftswachstum und sinkende Löhne tragen dazu bei, dass die Popularität Putins inzwischen leidet, sagte der Direktor des unabhängigen Meinungsforschungsinstituts Lewada, Lew Gudkow.

Der Präsident hatte eigentlich versprochen, die Abhängigkeit der russischen Wirtschaft von Rohstoffen wie Gas und Öl zu verringern. Doch diese ist so groß wie noch nie, und innovative Wirtschaftszweige wie die zukunftsweisende und aufstrebende russische IT-Industrie drohen unter der Regulierungswut der autoritär agierenden Machtelite eher wieder zurückzufallen. Die Willkür der Bürokraten macht auch mittelständischen Betrieben das Leben unnötig schwer.

Außerdem scheint der Aktivist Alexei Nawalny mit seinen hochpolitischen YouTube-Videos, in denen er die verbreitete Korruption der Machthaber anprangert, den richtigen Nerv vieler Mitbürger zu treffen. Die Bilder von den Villen und Jachten von Spitzenpolitikern wie Regierungschef Dmitrij Medwedjew erreichen im Internet inzwischen ein beachtliches Publikum und bestätigen ein grundlegendes Misstrauen gegen die Regierenden. Denn weite Teile der russischen Bevölkerung haben lange das Gefühl, dass der Reichtum in der Gesellschaft ungerecht verteilt ist und die Machtelite das Volk ausplündert.

Eine echte Zäsur war die 2018 von der Duma verabschiedete Rentenreform, die im Land sehr unpopulär ist und mächtig für Ärger sorgte. Männer sollten fünf Jahre später in Rente gehen, Frauen sogar acht Jahre später, doch Letzteres wurde dann aufgrund des Widerstands gegen die Regelung noch einmal gemildert.



Seit 2000 – mit einer Unterbrechung von 2008 bis 2012 – regiert Wladimir Putin im Kreml.

Außer in Straßenprotesten gaben die Menschen ihrer Wut in Online-Petitionen und Unterschriftensammlungen Ausdruck. Zuletzt sah sich der Präsident gezwungen, eine Ansprache an das Volk zu halten. Darin erklärte er, warum die Reform alternativlos sei: weil es bereits zu wenige Arbeitskräfte und zu viele Rentner gebe.

Die Erhöhung des Rentenalters stieß auch deshalb landesweit auf so viel Empörung in der Bevölkerung, weil durch die „Reform“ trotz steigender Lebenserwartung nur sehr wenige ältere Männer den Renteneintritt überhaupt jemals erleben können. In Russland lebt nur etwas mehr als die Hälfte eines Männerjahrgangs bis zum 65. Lebensjahr, während es in Deutschland 85 Prozent sind.

Die Folge waren immer wieder Proteste im ganzen Land, die seither auch lokal und regional zu unterschiedlichen Themen auflockern. Viele Bürger sind unzufrieden und

machen ihrem Ärger über die Obrigkeit bei öffentlichen Kundgebungen Luft. So gab es Proteste gegen Mülldeponien im Norden Russlands und in der Umgebung von Moskau oder Widerstände gegen eine Kirche, die in Jekaterinburg auf einer Grünfläche gebaut werden sollte. Allein gegen solche Kirchenbauten in Grünanlagen häuften sich in verschiedenen russischen Städten zeitweise die Proteste, so in Nischni Nowgorod, in Krasnojarsk oder in Tscheljabinsk.



GEMMA PÖRZGEN

ist Journalistin und Osteuropaexpertin. Sie arbeitet u. a. für den Deutschlandfunk und WDR 5. Sie ist Mitgründerin und Vorstandsmitglied von Reporter ohne Grenzen.

wachsenden Demonstrationen führte. Bisher ist niemand erkennbar, der Putin eines Tages in einer Weise ablösen könnte, die einen friedlichen Wechsel möglich macht. Es war einst mit dem Ende der Amtszeit von Präsident Boris Jelzin gelungen, dass Putin seinem Vorgänger und dessen Familie Schutz vor Strafverfolgung und eine Kontrolle über kompromittierendes Material gewährleisten konnte und ein Machtwechsel möglich war. Ob sich Putin einmal in vergleichbarer Weise friedlich ablösen lässt und wie das geschehen könnte, ist völlig offen.

Ebenso ungewiss ist, welche Richtung das Land in den kommenden Jahren nehmen wird. Da scheinen zwischendurch kleine Momente der Hoffnung auf, als beispielsweise im Juni der Investigativ-Journalist Iwan Golunow überraschend freigelassen wurde. Auch der gegenseitige Gefangenenaustausch mit der Ukraine weckt Erwartungen, die beiden Regierungen in Moskau und Kiew könnten wieder miteinander wieder ins Gespräch kommen und Kompromisse erzielen, wenn nicht sogar Lösungen.

Andererseits deutet auch einiges darauf hin, dass der Einfluss der „Silowiki“ in Moskau wächst, von Leuten aus den Sicherheitsdiensten und dem Militär. Sie könnten in den kommenden Jahren einen noch autoritäreren Kurs in Russland durchsetzen und die Lage verschärfen. Zur Unberechenbarkeit dieser Kräfte gehört auch, dass sie miteinander im Konflikt stehen, den sie gewaltsam ausfechten.

Neben solchen inneren Zerreißen haben der andauernde Krieg in der Ostukraine und die Krim-Annexion gezeigt, dass die Kremlführung auch außenpolitisch vor aggressiver Expansionspolitik nicht zurückschreckt, um die eigene Machtbasis innenpolitisch abzusichern. Die Krim-Annexion hatte Putin 2014 sehr große Popularität beschert. Die Zustimmungswerte erreichten in der Folge nach Angaben des Umfrageinstituts Lewada im Juni 2015 mit 89 Prozent ihren Höhepunkt. Davon zehrte Putin auch noch bei den Präsidentschaftswahlen 2018.

Die nächsten Jahre werden zeigen, welche Richtung Russland in der auslaufenden Ära Putin nehmen wird. Aber schon heute steht fest, dass es keine Versprechen für Russlands Zukunft gibt, die dieser Präsident noch einlösen könnte.

DIE KOLUMNE AM SONNTAG

Kleinere Übel



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des HAUPTSTADTBRIEFS. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Mehr als die Hälfte der Regionalkonferenzen der SPD, auf denen sich die Bewerber um den Parteivorsitz zu präsentieren haben, ist vorüber. Einige haben schon verzichtet. Bei anderen ist es klar, dass sie es nicht in den Stichentscheid schaffen werden, zu dem es zweifellos zwischen den beiden – im ersten Wahlgang vorne liegenden – Teams kommen wird. Die Auftritte über die Standpunkte und über die Qualifikation für das Amt – und auch darüber, wie groß die Verantwortung ist, die sie tragen wollen. Ziemlich groß.

Unkalkulierbar ist, wie der Wettbewerb ausgeht, und auch, welche Folgen und Nebenwirkungen das Ergebnis mit sich bringt. Offen ist zum Beispiel, wie sich das Zusammenwirken zweier gleichberechtigter Vorsitzender auf den Alltag in der Parteizentrale und der öffentlichen Kommunikation auswirken wird. Über das erforderliche Netzwerk in Partei und Bundestagsfraktion, das auch über Krisen hinweghilft, verfügt niemand aus dem Kreis der Bewerberinnen und Bewerber. Für einige wäre es sogar das erste herausragende Parteiamt überhaupt.

Voran steht nun die Frage, ob Olaf Scholz Finanzminister bleiben könnte, wenn er es nicht einmal in den Stichentscheid schafft. Eher nicht. Müsste dann die oder der neue Parteivorsitzende ins Bundeskabinett rücken? Viel spricht dafür – zumal, wenn der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius oder der ehemalige nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans Ko-Parteivorsitzende würden. Denn nicht nur die Frage, wie die Kandidatinnen und Kandidaten zur Fortsetzung der großen Koalition stehen, hat die SPD-Mitglieder zu beschäftigen. Die künftigen SPD-Vorsitzenden benötigen, wollen sie auf Dauer politischen Einfluss ausüben, neben dem Parteiamt ein öffentliches Forum – und das ist in der Bundespolitik nun einmal der Deutsche Bundestag. Dort aber dürfen nur Abgeordnete, Regierungsmitglieder sowie – als Mitglieder des Bundesrates – Landesminister auftreten. Schon der vergangene SPD-Bundestagswahlkampf litt darunter, dass der Kanzlerkandidat Martin Schulz keine dieser Bedingungen erfüllte. Nicht zuletzt deshalb wollte Ansgar Kramp-Karrenbauer nicht nur CDU-Vorsitzende sein, sondern auch Bundesministerin werden, als das Amt frei geworden war. Ob diese Aussichten das Wahlverhalten der SPD-Mitglieder beeinflusst? Lieber dann doch das „kleinere Übel“ wählen? Könnte sein.

Wirtschaftspolitische Harmonielehre

In der „Konzertierten Aktion“ Karl Schillers finden sich kluge Ideen für die derzeitige globale Krise | Von Nils Heisterhagen

Die deutsche Industrie ist in einer Rezession – und das sogar schon seit Mitte des vergangenen Jahres, wie der Ifo-Ökonom Timo Wollmershäuser meint. Im zweiten Quartal 2019 ist die gesamte deutsche Wirtschaft geschrumpft.

Das wäre allein ein Grund zu sagen, dass es in Deutschland einen wirtschaftspolitischen Aufbruch braucht. Das nationale Eigeninteresse ist zurück, getreu der realistischen Theorie der internationalen Beziehungen. Nur entspringt das nationale Eigeninteresse heute weniger sicherheitspolitischem Antrieb, so wie das noch im Kalten Krieg der Fall war, sondern ist in erster Linie wirtschaftspolitisch bedingt. Die neue Welt ist eine G2-Welt, die durch den Kampf zwischen China und den USA um technologische und wirtschaftliche Hegemonie geprägt ist – und dies hat Auswirkungen auch auf Europa. Es droht, in der neuen Bipolarität zerrieben zu wer-

den. Die Kampfansage der Handelspolitik Trumps muss in Europa nun genauso verstanden werden wie die Kampfansage, die sich in dem Ziel der chinesischen Führung ausdrückt, mit der „Made in China 2025“-Strategie in bestimmten Branchen Weltspitze zu werden. Die „Seidenstraße-Initiative“ demonstriert darüber hinaus rein physisch den globalen und wirtschaftlichen Führungsanspruch Chinas.

Wie könnte eine deutsche und europäische Industriestrategie, die auf diese Lage antwortet, aussehen? Orientierung findet sich bei Karl Schiller, dem SPD-Wirtschaftsminister von 1966 bis 1972, und dessen in die deutsche Wirtschaftsgeschichte eingegangenen „Konzertierten Aktion“.

Warum Karl Schiller aktueller denn je ist, erklärt der bekannte Harvard-Ökonom Dani Rodrik. In einem Vortrag an der London School of Economics im Mai unterscheidet er eine „alte“ von einer

„neuen“ Industriepolitik. Die alte „traditionelle“ Industriepolitik, bei der er vor allem asiatische Beispiele nennt, sei ein staatszentrierter Ansatz, der Prioritäten in bestimmten Bereichen verfolge. Die „moderne“ Industriepolitik sei durch einen Prozess von institutionalisierter Zusammenarbeit und Dialog geprägt, bei dem es – maßgeblich durch den institutionalisierten Prozess – auch zu Evaluation und Monitoring der Industriepolitik kommt.



NILS HEISTERHAGEN

ist Publizist und Sozialdemokrat. Zuletzt sind von ihm im Dietz-Verlag erschienen: „Das Streben nach Freiheit“ und „Die liberale Illusion“

Die sogenannte „Konzertierte Aktion“ war tatsächlich einst genauso ein Dialogformat der Zusammenarbeit. Sie war nicht Karl Schillers Erfindung, wurde aber durch ihn bekannt und praktiziert – und kann genau das leisten: Industriepolitik klug revitalisieren. In diesem Sinne gilt es, den Dialog zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Staat neu auszurichten und effektiv mit Leben zu füllen.

Warum ist die „Konzertierte Aktion“ heute wieder so aktuell? Die Finanzkrise „hat den Korporatismus wieder in die Diskussion gebracht“, stellte die Historikerin Andrea Rehling in einem Sammelband „Nach dem Strukturbruch?“ fest. Der Korporatismus hat in Deutschland den Neoliberalismus überlebt. Das „deutsche Modell“ gelte sogar wieder als „vorbildlich“ und als „Problemlöser“, so Rehling. Um dem „deutschen Modell“ aber wieder mehr Einfluss zu verschaffen, sollte es zu einer Revitali-

sierung des Makrokorporatismus über die „Konzertierte Aktion“ kommen. Die Industriepolitik ist dabei das Anwendungsfeld.

Die Evolution der Industrie zur Industrie 4.0 braucht Absprache und Verständigung. Deutschland braucht insbesondere einen „Digitalpakt“. Der muss nicht nur aus Maßnahmen zum zügigen Ausbau der digitalen Infrastruktur – was die physische Voraussetzung für viele Aspekte gelingender Digitalisierung ist –, sondern aus vielen forschungs- und industriepolitischen Maßnahmen bestehen, die grundlegend zu besprechen und zu verhandeln sind. Es ist die Voraussetzung dafür, dass Deutschland ein Industrie- und Hochtechnologie-land bleiben. Eine neue „Konzertierte Aktion“ könnte helfen, gemeinsam „Strategien der Selbstbehauptung“ zu entwickeln, die in der momentanen geopolitischen Lage mehr als erforderlich sind.